

Wahlkampfversprechen... und wie wir etwas erreichen!

Im Wahlkampf beschränkt sich Merkels CDU auf das Thema innere Sicherheit. Ihre Politik der letzten Jahre zeigt, dass die Arbeitenden ihr herzlich egal sind. Unter der CDU-SPD-Koalition hat der Anteil an gering und prekär Beschäftigten weiter zugenommen und die Reichen in Deutschland werden immer reicher und die Armen immer ärmer.

Auf die sozialen Bedürfnisse der breiten Mehrheit versucht nun die Linkspartei einzugehen, die letztes Wochenende ihr Programm zur Bundestagswahl präsentierte. Sie hofft darauf, in einem Rot-Rot-Grünen Bündnis an der nächsten Regierung beteiligt zu werden.

SPD und Grüne lehnen ab

Doch die Reaktionen der anderen Parteien zeigen, wie wenig sie von Maßnahmen halten, die die Reichen etwas mehr zur Kasse bitten und den Arbeitenden und Armen finanziell helfen sollen. Der SPD-Fraktionschef Oppermann sagte: „Die Linken sind ... eine linkspopulistische Protestpartei. Sie wissen, dass sie hinterher nicht in die Verlegenheit kommen, ihre Versprechungen umsetzen zu müssen.“ Und Grünen-Chef Özdemir meinte, mit dem beschlossenen Wahlprogramm habe die Linke „die Chance auf Rot-Rot-Grün mutwillig erschwert“.

Doch warum sind die Forderungen, die die Linkspartei aufgestellt hat, für die anderen Parteien nicht umsetzbar?

Die Linke fordert zum Beispiel eine Mindestsicherung von 1050 Euro statt das repressive Harz IV, eine Vermögens- und Reichensteuer, die Milliarden einbringen soll, einen Mindestlohn von 12 Euro und ein Investitionsprogramm von über 120 Milliarden Euro pro Jahr für sozialen Wohnungsbau, Bildung, Krankenhäuser, Straßen und Schienen.

Utopisch? Populistisch? Nein. 1050 Euro sind zum Leben eigentlich noch immer zu wenig. Unbezahlbar? Aber die Profite steigen und steigen und immer reichere Großaktionär_innen und Millionärsfamilien leben auf unsere Kosten!

Die Reaktionen von SPD und Grünen zeigen nur, dass Maßnahmen, die die Situation der großen Mehrheit verbessern würden, indem sie den Reichen an ihre Profite gehen, nicht in einer Regierungsbeteiligung umsetzbar sind.

Linkes Mitregieren bringt uns nichts

Auch in mehr als 6 Monaten rot-rot-grüner Regierung in Berlin hat sich nicht viel getan. Probleme lassen sich nicht lösen, wenn man sich in das Korsett von Sachzwängen presst und zum Beispiel allein in Berlin 3 Milliarden Euro pro Jahr an Schulden zurück zahlt, die man nicht gemacht hat, und damit die Banken bereichert.

Werbung macht die Berliner Regierung mit ihrem angeblich sozialen Wohnungsprogramm. Es gibt zwar viele Maßnahmen, die Kleinigkeiten zu verbessern versuchen. Aber gegen den Mietwucher sind das wirkungslose Tropfen auf den heißen Stein. Was wir bräuchten, ist einen massiver Ausbau von bezahlbarem Wohnraum und ein Verbot der Mietspekulation.

Auf der anderen Seite steht eine Politik wie jede andere auch. So soll in Berlin das Renteneintrittsalter für Beamte auf 67 Jahre erhöht werden, obwohl die Linkspartei bundesweit für eine Absenkung des Eintrittsalters plädiert. Weiterhin stimmten auch die von der Linkspartei mitregierten Bundesländer für eine Privatisierung der Autobahnen. Die letzte Rot-Rote Koalition in Berlin hatte bei der Charité alle nicht pflegerischen Tätigkeiten in die private Tochtergesellschaft CFM ausgegliedert, um die Löhne um rund ein Drittel abzusenken!

Was uns weiterbringt

Die Regierung Müller hat versprochen, die Privatisierung zurückzunehmen. Aber Rekommunalisierung heißt noch nicht, dass sich an den niedrigen Löhnen der Beschäftigten etwas ändert. Die Beschäftigten der CFM gehen seit Monaten regelmäßig in Streiks und auf die Straße. Allein dadurch hat sich jetzt Müller in einem Interview zu einer Lohnerhöhung auf 11 Euro durchgerungen. Das ist wenig, aber es zeigt: Durch Mobilisierungen und Arbeitskämpfe können wir wirklich auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen. Nur wenn die Arbeitenden in Deutschland für ihre Interessen gemeinsam eintreten und die Konzerne und Superreichen anfangen müssen, sich Sorgen zu machen, sind Forderungen durchsetzbar. Und mit dem entsprechenden Kräfteverhältnis werden die Versprechen der Linkspartei sich auf einmal sehr bescheiden ausnehmen!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Krieg der Würste

Die CFM-Geschäftsführung ist sich auch für nix zu schade. Nicht nur Streikbrecher einsetzen, sondern nun auch noch Grillbrechertätigkeiten durchführen. Während die Streikenden am Waterlooufer grillen, lud sie „*alle CFM und Charité Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer Gratis-Grillwurst ein.*“ Wohlgeremt, **eine** Wurst für jeden. Das ist wirklich arm. Beim Streik sind dafür natürlich alle lecker satt geworden.

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Der Marburger Bund und die Charité haben sich nun auf ein Eckpunktepapier für einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Ende Juli sollen dann die linearen Entgelterhöhungen gelten. Das Signal, welches die Geschäftsführung damit an alle anderen Berufsgruppen an der Charité (bspw. an die streikenden CFMler) sendet, ist klar. Wir sollten jedoch auf diesen plumpen Versuch uns gegeneinander ausspielen zu lassen, nicht reinfallen. Natürlich macht die Ärzteschaft auch einen Knochenjob und hat dafür Lohnerhöhungen verdient. Und für die CFMler und Pflegenden ist eben nicht weniger Geld da, nur weil die Ärzte nun ein bisschen mehr bekommen, sondern weil die Chefs und die Politik es so wollen und immer weniger Geld in das Gesundheitssystem investieren. Dennoch sind wir natürlich der Ansicht, dass auch die Ärzte gerne etwas mehr praktische Solidarität zeigen können. Wie? Na, zum Beispiel indem sie beim nächsten CFM-Streik die Pflegenden nicht mehr dazu anhalten, Streikbrecherarbeiten (Patiententransporte etc.) durchzuführen, sondern stattdessen bei der CFM-Leitung Druck machen.

Worte und Taten

Schön klingt es, was der Regierende Müller und seine rot-rosa-grünen Senatoren zum Thema Tariffucht und Lohn-dumping durch Ausgliederung von sich geben. Nun wird sich alles wenden. Lässt man allerdings die schönen Worte mal beiseite und schaut danach, was sie tun, zeigt sich: wir haben keinen Grund ihnen zu trauen. Offenbar wird derzeit die Ausgliederung von Lehre und Ausbildung aus Charité und Vivantes in ein eigenes Unternehmen betrieben. Egal, was sie euch erzählen, schaut ihnen auf die Finger.

Es ist das Papier nicht wert...

Koalitionsvertrag? Wiedereingliederung der Tochtergesellschaften? Selten so gelacht. Mal ganz davon abgesehen, dass die Herren und Frauen Politiker nicht ein bisschen konkret werden in ihren Äußerungen zur Wiedereingliederung der CFM. Nein, es wird noch besser. Bei der sogenannten Halbjahres-Bilanz des Senats im DGB-Haus letzten Donnerstag ließen die Verantwortlichen mal einen Funken Ehrlichkeit blitzen. So stellte eben der Finanzsenator Kollatz-Ahnen fest, dass es in den Berliner Krankenhäusern „*weiterhin Tochtergesellschaften geben wird und muss*“. Umso krasser, dass dann auch noch Susanne Stumpfenhusen von ver.di Berlin-Brandenburg der Aussage von Kollatz-Ahnen zustimmte, dass dies der richtige Weg sei. Das zeigt wiederum eindrücklich, dass wir uns nur auf uns selbst verlassen dürfen. Die Politiker und Funktionäre stehen nicht auf unserer Seite. Kein Wunder, schließlich müssen sie nicht von den Hungerlöhnen leben. Ein Grund mehr jetzt nicht aufzugeben, sondern weiterzukämpfen, bis wir endlich das erreicht haben, was wir wollen und brauchen: Ein Betrieb, ein Tarifvertrag – TVÖD für alle!

Wir müssen mehr werden

Bei der CFM wird weiter gekämpft, denn wir sehen, den Politiker_innen kann man nicht trauen! Und um wirklichen Druck auf die Politik und Charité auszuüben, müssen wir in unseren Streiks mehr werden, auch wenn das heißt, viel Überzeugungsarbeit bei den Kolleg_innen zu leisten.

Vielleicht hilft es ja, zufällig am gleichen Tag mit den Charité-Kolleg_innen zu streiken, die im Juli sechs Tage lang die Arbeit niederlegen werden. Zum einem sind dann nicht nur 100 Kolleg_innen draußen, sondern 1000, was motivierend wirken könnte, zum anderen würde dann spürbarer wirtschaftlicher Druck auf die Charité ausgeübt werden und somit auch auf den Senat. 2011 haben wir gesehen, dass dann schon eine Woche ausreicht, um der Charité Zugeständnisse abzuverlangen... denn es lief gar nichts mehr! Es gab keine OPs, da weder Personal noch steriles OP-Besteck verfügbar war, es gab keine neuen Patientenaufnahmen, es gab keine Dokumentation,... All das sollten wir wiederholen und dieses Mal zusammen – CFM und Charité – davon profitieren.

TipTop in Berlin

Der Tagesspiegel hat die Top-Arbeitgeber Berlins gekürt und ratet mal, wer es auf Platz 3 geschafft hat? Die Charité! Und was zeichnet sie aus? Ein Familienbüro, ein Väterbeauftragter, Jobsharing und flexible Arbeitszeitmodelle, um uns Mitarbeiter_innen glücklich zu machen! Anscheinend zählen Personalmangel, Tariffucht und miserable Arbeitsbedingungen nicht zu den Kriterien des Tagesspiegels...

Fauler Zauber

Ist ja immer wieder beindruckend, wenn so ein Zauberer ein Kaninchen aus den Hut zieht, wo vorher gar kein Nager war. Scheinbar haben einige bei verdi jetzt auch einen Zauberkurs belegt. Wie soll man es sonst erklären, wenn wir im Zusammenhang mit dem TV-Mindestbesetzung solche Sätze hören: „*Wir fordern nicht eine Stelle mehr – aber wirksame Sanktionen, die dafür sorgen, dass die Vereinbarungen eingehalten werden.*“ Hä? Nichts gegen Sanktionen – aber wie soll das gehen, 1:5 in der Pflege, 1:2 in ITS und keine Nacht allein, und dass alles ohne eine Stelle mehr? Wo steht also jetzt euer Zauberyylinder – und denkt dran, wir brauchen mehr Personal und keine Kaninchen.

Einfach mal die Klappe halten

Da mistet sich also Ex-Finanzsenator Nußbaum ganz gepflegt in der BZ gegen den Streik der CFM aus. Streik im Gesundheitswesen ginge gar nicht, da würden Gelder verschwendet, die den Patienten zustünden. Der feine Herr hat offenbar verdrängt, dass er jahrelang auf dem Geld gesessen hat, das Patient_innen und Personal dringend gebraucht hätten und er damit die heutige Situation mit herbeigeführt hat. Stattdessen hat er die Milliarden lieber in den „*leisesten Flughafen der Welt*“ versenkt. Also sollte er lieber die Klappe halten und sich schämen gehen.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Sozialistischen Arbeiterstimme und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!